



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/280 - 9. Dezember 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 803 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Ulbrichts Kampfansage Die Entwicklung des Schulwesens in der Sowjetzone Von Waldemar von Knoeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	87
3	Weil er beleidigt ist ... Der empfindliche Bundeskanzler	44
4	Bemerkenswertes Echo Große Nachfrage nach Grundsatzprogramm auch in der Zone	30
5 - 6	Ministerpräsident von Hassel hat Schwierigkeiten Die Fronde in der CDU gegen ihn wurde stärker	77
7	"Willy Brandt ruft die Welt" Ein Bild- und Wortbericht des Kampfes um Berlin	34

* * *

* * *

Ulbrichts Kampfansage

Die Entwicklung des Schulwesens in der Sowjetzone

Von Waldemar von Knoeringen,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Spätestens ab 1964 werden wir in Deutschland in Ost und West zwei völlig verschiedene Schulsysteme haben. Die Konsequenzen dieses Tatbestandes sind heute kaum abzuschätzen. Das wurde deutlich, als am 2. Dezember die Volkskammer der Sowjetzone ein Gesetz über die "Sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik" beschloß.

Was sind die wesentlichen Punkte dieses Gesetzes? Die zehnklassige allgemeinbildende "Polytechnische Oberschule" wird bis zum Jahre 1964 obligatorisch für alle Kinder eingeführt. Über die Berufsausbildung und die Fachschule, über die Betriebsoberschule oder Abendoberschule, über die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten soll die überwiegende Mehrzahl der Studenten den Universitäten zugeführt werden.

Der Zugang zu den Hochschulen über die erweiterte zwölfjährige Oberschule wird zur Ausnahme und setzt außerdem die Absolvierung eines "praktischen Jahres" vor dem Studium voraus. Der normale Weg zu den Hochschulen lehnt sich in seiner äußeren Form an den in Westdeutschland heute als Ausnahme geltenden Zweiten Bildungsweg an.

Der Umbau der äußeren Schulorganisation ist das Anzeichen dafür, daß man in der Sowjetzone nun ernsthaft entschlossen ist - im Anschluß an das Vorbild der Sowjetunion -, das Schulwesen völlig den Erfordernissen der kommunistischen Herrscher und ihrer politischen Ziele anzupassen. In Westdeutschland wurde das neue Schulgesetz der Sowjetzone kaum beachtet. Wir hätten jedoch allen Grund, diese Entwicklung im anderen Teil Deutschlands mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen. Denn je länger die Spaltung Deutschlands andauert, um so mehr ist die Wiedervereinigung nicht nur die äußere politische Zusammenführung, um so mehr wird die Aufgabe der gesellschaftlichen und geistigen Re-Integration nach dieser Zusammenführung erst beginnen. Die Probleme der gesellschaftlichen und geistigen Wiedervereinigung wachsen mit jedem Tag der Trennung.

Aber nicht nur, weil wir gerade darauf vorbereitet sein müssen, sollten wir genau studieren, in welchen Formen und nach welchen Prinzipien die Jugend in Mitteldeutschland erzogen wird. Es sollte uns zu denken geben, daß nach einer langen und mit großer Anteilnahme geführten Schuldebatte in der Sowjetunion nun auch in der Sowjetzone die Schulfrage offenbar zum Thema Nr. 1 der innenpolitischen Maßnahmen des Regimes geworden ist. Warum, das kann in der Rede Otto Grotewohls zur Begründung des neuen Schulgesetzes leicht nachgelesen werden: Das Regime braucht die Schule, weil hier die Fundamente für die Produktionssteigerung von morgen gelegt werden sollen; das Regime braucht die Schule, weil letzten Endes nur über die Schule, nur über die vollstän-

dige Durchdringung des Erziehungs- und Bildungswesens mit der kommunistischen Ideologie die Diktatur stabilisiert werden kann. Das Erziehungs- und Bildungswesen wird für das kommunistische System zu einer Kernfrage. Durch eine hochentwickelte Ausbildung und eine breit-angelegte naturwissenschaftliche und technische Forschung hofft es, seine außenpolitischen Ziele zu erreichen. Es bleibt abzuwarten, ob damit, wie manche hoffnungsvoll hervorheben, das Regime selbst Voraussetzungen für ein stärkeres Anwachsen des kritischen Geistes und des Wunsches nach geistiger Freiheit schafft. Jedenfalls ist das intensive Bemühen, festzustellen, die technische Verbesserung des Bildungsweges mit einer stärkeren ideologischen Durchdringung zu verbinden.

Wie die Entwicklung im einzelnen auch verlaufen mag, wir haben keinen Grund, die Kampfansage zu übersehen, die in diesem Falle besonders an die Bundesrepublik mit der neuen Schulgesetzgebung in der Sowjetzone gerichtet ist. Diese Kampfansage trifft uns zu einer Zeit, in der wir weiß Gott nicht sagen können, wir seien auf sie vorbereitet! Wir sind auf dem besten Wege, den Schulreformplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen in der Fachdiskussion tötzureden. Von einer wirklichen Hochschulreform ist wenig zu spüren.

Der lästige Mahner mag unbequem sein für viele, die meinen, daß das Ende des kalten Krieges eine ruhigere Weltepoche einleite. Täuschen wir uns nicht! Auch der "Friedliche Wettbewerb", der heute von Chruschtschow verkündet wird, ist kein Sackhüpfen auf einem Sonntagsausflug. Unsere Vorstellungen davon sind falsch, wenn wir nicht begreifen, welchen zentralen Platz dieser wirtschaftliche und technische Wettkampf in der weltpolitischen Strategie des Kreml einnimmt. Die Bedrohung besteht nicht nur darin, daß wir in diesem materiellen Wettstreit unterliegen; daneben steht die Gefahr, daß in der Auseinandersetzung das Prinzip aufgegeben wird, das letzten Endes die Überlegenheit der Demokratie ausmacht, nämlich der Wille, die Freiheit des Menschen in der hochindustrialisierten Gesellschaft zu verwirklichen.

Lange genug hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands an die Einsicht der herrschenden politischen Kräfte der Bundesrepublik appelliert. Wir zweifeln heute daran, ob sie bei dem Maß an Verständnislosigkeit, das hier immer noch vorhanden ist, in der Lage sind, der neuen Herausforderung zu begegnen. Im Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei ist die große Alternative sichtbar, die der Westen heute in dieser Auseinandersetzung zu entwickeln hätte. Wie sehr das SED-Regime diese Alternative fürchtet, zeigt sich auch in diesem Falle deutlich. Nicht die Bundesregierung, wohl aber die deutsche Sozialdemokratie wurde von Grotewohl in seiner Rede zum Schulgesetz heftig angegriffen. Die SED weiß sehr wohl, wo ihre entschiedensten und ihre gefährlichsten Gegner sind.

+ + +

Weil er beleidigt ist ...

sp - Der Bundeskanzler hat vorläufig nicht die Absicht, wie er vor der CDU-Bundestagsfraktion kundtat, den an ihn gerichteten Brief des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow vom 15. Oktober zu beantworten. Eine bisher im Rohbau fertiggestellte Antwort wanderte wieder in die Schubfächer. Die deutsche Öffentlichkeit hat bis heute - fast zwei Monate nach Erhalt dieses Briefes - noch nicht erfahren, was Chruschtschow darin dem Bundeskanzler zu sagen hatte. Adenauer betrachtet diesen Brief als seine persönliche Angelegenheit. Die letzten Reden des sowjetrussischen Ministerpräsidenten in Budapest mit ihren groben Ausfällen gegen Dr. Adenauer dienen diesem nun als Vorwand, den Beleidigten zu spielen.

Der Bundeskanzler ist doch sonst nicht empfindlich. In seinen Gesprächen mit de Gaulle berührte er kaum die Bilbao-Affäre, nicht die Aktivität der "Roten Hand" auf deutschem Boden und nicht die Festlegung de Gaulles und seines Ministerpräsidenten Debré auf die Oder-Neisse-Linie - er tat es, um nicht den sehr sensiblen französischen Staatspräsidenten zu verletzen. Dafür unterstützte Adenauer, um de Gaulle entgegenzukommen, die französischen Pläne, sich als vierte Atommacht den Eintritt in den Klub der Drei zu erzwingen.

Aber zurück zum Chruschtschow-Schreiben und der Reaktion des Bundeskanzlers darauf. Was sind das für Ausrufen! Wenn sich keine sachliche Notwendigkeit für die Beantwortung dieses Schreibens ergibt, warum sagt Adenauer dies nicht? Was ist das für eine Politik. Sie nimmt keine Rücksicht auf die Lebensinteressen des gespaltenen deutschen Volkes und der besonders gefährdeten Lage, in der es sich befindet. Diese Art des Umganges mit der vierten Siegermacht des zweiten Weltkrieges, die den Schlüssel für die deutsche Wiedervereinigung in der Hand hält, ist weder Politik, noch Diplomatie, sie ist der Ausdruck des totalen Unvermögens eines alten Mannes, persönliche Empfindungen vor den Geboten der deutschen Politik zurückzustellen.

Dr. Adenauer will auch nicht an der Gipfelkonferenz im nächsten Jahr teilnehmer, um zu vermeiden, dass er vielleicht an der Seite eines DDR-Mannes zu sitzen kommt. Welch hohle Kraftmeierei ... Adenauer ist, wie er selbst wissen dürfte und alle Welt es weiss, zu dieser Gipfelkonferenz gar nicht eingeladen worden. Die vier Mächte werden unter sich tagen. Aber es könnte durchaus der Fall eintreten, dass die vier Mächte bei der Beratung über Berlin, Deutschland und Abrüstung zu dem Entschluss kommen, Vertreter beider Teile Deutschlands als Berater hinzuzuziehen. In Genf hat man das auch getan. Wird Adenauer sich auch dann noch zieren? Dann beschwört er gewiss die Gefahr herauf, dass Entscheidungen fallen, die über die Bundesrepublik hinweggehen.

Bemerkenswertes Echo

sp - Noch nie seit 1945 haben Beschlüsse eines SPD-Parteitages ein so starkes Echo ausgelöst, wie die von Bad Godesberg. Bei den Referaten des Parteivorstandes laufen täglich unzählige Anforderungen nach dem Text des Grundsatzprogramms ein. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß die Bitten um Übersendung des Programms meist aus Kreisen kommen, die sich zwar für die SPD interessieren, jedoch keinen unmittelbaren Kontakt mit ihr pflegen. An der Spitze stehen die Anforderungen der Volkshochschulen und der Arbeitskreise für staatspolitischen Unterricht. Bemerkenswert ist auch das große Interesse, das die Kirchen und die Institute der deutschen Universitäten für das Grundsatzprogramm zeigen.

Um die Nachfrage nach dem Programm aus dem Ausland befriedigen zu können, wird der Text in Kürze in mehreren Sprachen herausgegeben. Auch fast alle in Bonn akkreditierten Botschaften haben das Programm angefordert und ersuchen den Parteivorstand um die Herausgabe von Kommentaren, mit deren Hilfe den Regierungen die Analyse des Textes erleichtert werden soll.

Wie bereits bekannt, hat der Parteivorstand das Grundsatzprogramm in Kleinformat auf Dinndruckpapier drucken lassen, um möglichst vielen der ca. 630 000 Mitglieder der SPD den Text noch vor Jahresende zustellen zu können. Anfang 1960 soll der volle Wortlaut des Protokolls vom Parteitag in Bad Godesberg herauskommen, der ebenfalls interessierten Persönlichkeiten oder Institutionen zur Verfügung gestellt werden kann.

Auf vielen Wegen ist auch aus der sowjetischen Besatzungszone die Bitte an den Parteivorstand herangetragen worden, für die Verbreitung des Grundsatzprogramms im anderen Teil Deutschlands Sorge zu tragen. Die heftigen Attacken der SED-Presse gegen das Programm haben bei der Bevölkerung der Zone das Interesse für die Beschlüsse in Bad Godesberg in positivem Sinne gesteigert.

+ + +

Ministerpräsident von Hassel hat Schwierigkeiten

mu. - Die Rolle, die der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel in diesen düsteren Herbstmonaten spielt oder besser zu spielen hat, ist alles andere als beneidenswert. Bundeskanzler Adenauer hielt ihn seinerzeit darn doch nicht für den Nachfolger des Bundespräsidenten als geeignet. Die darauf durch von Hassel angestrebte Reform der CDU-Parteispitze mit der Tendenz, dem alten Herrn die Zügel anzulegen, ist gescheitert und brachte einen weiteren Prestigeverlust des Kieler Regierungschefs auf Bundesebene. Man fragt sich jetzt in seinen eigenen Reihen, ob seine Bestellung zum Wahlkampfleiter für die Bundestagswahl 1961 einen Aufstieg bedeutet oder eine weitere Niederlage einleiten wird, denn jeder Stimmenrückgang wird ja schließlich auf den Wahlkampfleiter zurückfallen, und damit muß doch wohl nach dem Stand der Dinge für die Christlichen Demokraten gerechnet werden.

Aber auch in Schleswig-Holstein ist die persönliche Basis des seinerzeit so schnell und glänzend empor-gestiegenen Regierungschefs und CDU-Politikers schmaler denn je. Die Gruppe der Richtung um den durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gerügten und darauf zurückgetretenen Landtagspräsidenten Dr. Böttcher (CDU) hat an Gewicht gewonnen. In den Reihen der schleswig-holsteinischen CDU wird bereits die Frage diskutiert, ob denn der zweitstärkste CDU-Politiker im Lande, der liberale und linksstehende Dr. Böttcher, überhaupt in die Mühle der parlamentarischen Untersuchungen geraten wäre, wenn sich der auf dem rechten Flügel seiner Partei stehende von Hassel von Anfang an betont und schützend vor Böttcher gestellt hätte. Wenn auch anerkannt werden muß, daß der Ausschuß einen sorgfältigen Spruch gegen Böttcher fällen würde, so können doch die Augen vor der politischen Realität nicht verschlossen werden, daß die "Böttcher-Gruppe" jetzt zum Kampf gegen von Hassel anzutreten beginnt.

Der persönliche Prestigeverlust des Ministerpräsidenten von Hassel offenbart sich vielleicht am ehesten in der auch mit den CDU-Stimmen im Innenausschuß des Kieler Landtags vertretenen Auffassung, daß in Glücksburg, dem Wohnort von Hassels, dort, wo er Bürgermeister war und zum Bürgergervorsteher wiedergewählt wurde, keine Spielbank gebaut und betrieben werden soll. Für diese Spielbank hatte von Hassel sich ein jahrzehntlang stark gemacht, wenn auch nicht aus persönlichen "Interessenten-Motiven" wie Böttcher. Wenn die Travemünder Spielbank, um deren willen Böttcher gerügt wurde, auf die im neuen Konzessionsvertrag vorgesehene Auflage in

Glücksburg ein weiteres Kasino zu bauen, verzichtet, dann wird Ministerpräsident von Hassel seine Spielbank nicht bekommen.

Nach den Gerichtsentscheidungen in Frankfurt hat der Kieler Regierungschef nicht gewußt, daß sich hinter dem Obergutachter Sawade der steckbrieflich gesuchte Euthanasiemörder Heyde verborgen hielt, und er hat auch nicht gewußt, daß da ein Dr. Sawade unter falschem Namen in Flensburg tätig war. Aber die hochnotpeinlichen Untersuchungen der Staatsanwälte über den Kreis der Mitwisser fallen als Schatten und belastendes Politikum auf den Ministerpräsidenten zurück. Ein Sozialgerichtspräsident, ein Oberstaatsanwalt und zwei Versicherungsärzte sind bereits in die Untersuchungen einbezogen worden.

In der Angelegenheit der Dienstwagenbenutzung hat das Kabinett von Hassel einen seltsamen Rückzug angetreten, obgleich es hier durch eine Flucht nach vorn einen Prestigegegewinn für sich hätte buchen können. Die öffentliche Erklärung, daß Kabinettsangehörige künftig nicht mehr mit Fahrer im Dienstwagen in ausländische Urlaubsorte fahren und die Gattinnen von Staatssekretären nicht zum Wochenmarkt, wäre eine gute Optik gewesen. Stattdessen haben die Regierungsparteien es in einer Kampfabstimmung im Landtag abgelehnt, vor dem Flexum ihre Richtlinien bekanntzugeben und zu erläutern. Das soll nun in vertraulichen Ausschusssitzungen über die Bühne gehen.

Ministerpräsident von Hassel ist ein Gegner der Großen Koalition. Man kann mit ihm der Meinung sein, daß einer starken Regierungspartei eine starke Opposition gegenüberstehen sollte, zumal die Christlichen Demokraten und die Sozialdemokraten im Kieler Parlament über 59 von 69 Mandaten verfügen. Da es aber auch in der CDU-Landtagsfraktion bereits eine gegen von Hassel gerichtete Gruppe gibt und Böttcher sein Mandat nicht wahrnimmt, hat es in der letzten Zeit mehrfach Niederlagen des Kabinetts gegeben.

Ohne Böttcher, mit 32 CDU- und drei FDP-Mandaten gegen 26 Abgeordnete der SPD, fünf des BHE und zwei des SSW zu regieren, das ist in der Tat nicht einfach. Dabei ist die Einbeziehung des BHE in die Regierungsfrent nach der damaligen Entlassung des Sozialministers Asbach und heutigen BHE-Landesvorsitzenden so gut wie unmöglich. So ist es denn kein Wunder, wenn bereits im CDU-Führungskreis im Lande davon gesprochen wird, daß möglicherweise ein neuer Regierungschef besser über die noch drei Jahre dauernde Legislaturperiode kommen könnte. Vor dem Hintergrund der letzten Kommunalwahl, die starke Einbußen für die CDU und Gewinne für die SPD brachte, möchte man jedoch den Landtag nicht neu wählen lassen.

17/10/280
"Willy Brandt ruft die Welt" - 1959

ler, Ottawa - Washington - New York - Springfield - Los Angeles - Honolulu - Tokio - Hongkong - Bangkok - Rangun - Kalkutta - Colombo - Karachi - Bombay - New Delhi - das sind die Städte, die von dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt während seiner rund 50 000 Kilometer langen Reise um die Welt für die Freiheit Berlins besucht wurden. Die Reise dauerte vom 5. Februar bis zum 6. März 1959. Und das Fazit? Willy Brandt zog es nach seiner Ankunft in Berlin: "Ich kann guten Gewissens sagen: die Reise war eine gute Sache, sie war ein Erfolg für Berlin und damit auch für Deutschland, denn was gut ist für Berlin, ist auch gut für Deutschland". Die Vorgeschichte dieser Reise und ihre Höhepunkte mit den Begegnungen und Gesprächen Brandts mit Politikern und Staatsmännern der halben Welt sind wohl die erregendsten Abschnitte des vom rührigen arani-Verlag herausgegebenen Bild- und Wortberichtes "Willy Brandt ruft die Welt". *)

Das Schicksal Deutschlands verdichtet sich auf Berlin und wird sich in dieser Stadt erfüllen. Die Dokumentation umfaßt die Zeit vom 27. November 1958 bis zum Berlin-Besuch des amerikanischen Außenministers Horter im August dieses Jahres - welche unerhörte, spannungsgeladene, von Sorgen und Hoffnungen erfüllte Zeit, aber auch eine Zeit, in der der Freiheits- und Behauptungswille Westberlins sich leuchtender denn je vor dem Hintergrund einer gesteigerten Bedrohung abhob. In Willy Brandt, dem Nachfolger des unvergesslichen Ernst Reuter, erstand den 2,2 Millionen Westberlinern ein unermüdlicher Streiter, für das deutsche Volk und für die westliche Welt ein Rufer und Mahner, sich des Einsatzes bewusst zu werden, um den es im Kampf um Berlin geht. Die Lektüre seiner ungezählten Ansprachen und Interviews bringt in Erinnerung wie schwer dieser Kampf ist und dass es des guten Willens, aber auch der Einsicht und der politischen Reife aller freiheitsliebenden Kräfte bedarf, diesen Kampf um das Lebensrecht Westberlins, eingebettet im Ringen um das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, zu einem guten Ende zu führen. Dieser Wort- und Bildbericht, von Künstlerhand gestaltet, gehört auf den Tisch jedes Deutschen, der sein Vaterland liebt.

*) "Willy Brandt ruft die Welt". - Ein dokumentarischer Bericht von Rudolf Kottleir, 1959 by arani-Verlags-GmbH, Berlin-Grünwald.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel